Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

liebe Weinheimerinnen und Weinheimer,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

Was wollen wir mit diesem Haushalt erreichen?
Wir wollen unsere Stadt handlungsfähig halten.
Wir wollen erhalten, was Weinheim lebenswert macht.
Und wir wollen dort vorankommen, wo die Menschen zu Recht auf Verbesserungen warten: bei Bildung und Betreuung, bei unseren Straßen und Gebäuden und bei einer Verwaltung, die ihnen das Leben leichter macht.

Wir stehen finanziell nicht mit dem Rücken an der Wand. Und wir sind von einem ausgeglichenen ordentlichen Ergebnis weiterhin millionenweit entfernt. Beides ist die Wahrheit.

Dieser Entwurf sieht rund 186,3 Millionen Euro laufende Aufwendungen und rund 20,6 Millionen Euro Investitionen vor. Dahinter stehen sehr konkrete Fragen: Funktioniert die Betreuung? Ist der Schulweg sicher? Bleibt ein Gebäude nutzbar? Bekomme ich im Rathaus eine Antwort?

In Summe ist es so viel Geld wie nie zuvor für Weinheim.

Klar ist aber auch: Ein Haushalt muss sich am Ende im Alltag der Menschen bewähren.

Weinheim hat einen neuen Kämmerer und einen neuen Oberbürgermeister. Auch deshalb erscheint manches Bekannte in neuem Licht.

Dieser Haushaltsentwurf hat eine schwarze Null von nach altem Haushaltsrecht, damit unsere Kindergartenkinder nicht über Schulden ihre eigenen Kindergartenbeiträge bezahlen.

Aber: Dieser Haushaltsentwurf erwirtschaftet -nicht- die kalkulatorischen Abschreibungen nach neuem kommunalem Haushaltsrecht für die nächste Generation.

Wir haben im Laufe des Haushaltsprozesses seit August **15 Millionen Euro Aufwand gegenüber den Anmeldungen der Fachämter eingespart.** Basis war die Betrachtung der letzten Haushalte. Denn sie sprechen eine deutliche Sprache:

2020 hat die Stadt Weinheim mit -5,13 Millionen Euro negativem ordentlichem Ergebnis geplant. Abgeschlossen hat sie mit einem Plus von 2,41 Millionen Euro.

2021 hat die Stadt Weinheim mit einem negativen Ergebnis von -3,38 Millionen geplant. Abgeschlossen hat sie mit plus 1,9 Millionen.

2022 hat die Stadt Weinheim mit einem Ergebnis von +18,13 Millionen Euro geplant. Mit +31,21 Millionen Euro hat sie abgeschlossen.

2023 hat die Stadt Weinheim mit einem + von 0,021 Millionen Euro geplant. Mit + 21,36 Millionen Euro hat sie das Haushaltsjahr 2023 abgeschlossen.

In 2024 war der Abschluss 17,45 Millionen besser als geplant.

In 2025 war der Abschluss 11,1 Millionen besser.

Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre hat die Stadt Weinheim den Ergebnishaushalt mit 13,82 Millionen Euro besser abgeschlossen, als sie geplant hat.

Mit Blick auf Haushaltsvolumen zwischen 150 und 185 Millionen Euro im Ergebnishaushalt des gleichen Zeitraums sind das nur Abweichungen von unter 10%. Das zeigt eine konservative, solide Planung.

Und es zeigt uns, dass wir **nicht über 5.000 Euro Kerwerutsche** im Rahmen der Haushaltsdebatte sprechen müssen.
Es zeigt uns, dass es keinen Sinn macht, in Anbetracht dieser Größenordnungen Zuschüsse an Vereine oder gemeinnützige Organisationen zu kürzen.

Als Ortsvorsteher mit einem Ergebnishaushalt von wenigen 100.000 Euro pro Jahr habe ich immer gesagt: „Kleinvieh macht auch Mist.“ Als Oberbürgermeister sage ich: Wir müssen den Fokus auf die großen Zahlen legen. Denn diese sind hier so groß, dass sie allem anderen die finanzielle Bedeutung nehmen.

Selbst wenn der Gemeinderat die Verwaltung ermächtigen würde, künftig jeden Monat 10.000, - Euro an gemeinnützige Vereine und Organisationen in der Stadt zu verschenken, so wäre dies immer noch ein Bruchteil auch nur eines halben Hebesatzpunktes Kreisumlage. Es macht einfach keinen Sinn, Vereinszuschüsse zu kürzen bei einem Gesamtvolumen des Ergebnishaushaltes von über 186 Millionen Euro.

Erst recht nicht, wenn Bund und Land gleichzeitig mehr und schneller das Geld ausgeben, als wir es einsparen können.

1. Weinheim bleibt mit diesem Haushalt handlungsfähig und benennt seine Grenzen

Die laufenden Einzahlungen decken nach unserer Planung die laufenden Auszahlungen. Es bleibt ein kleiner Überschuss von rund 60.000 Euro. Das ist ein wichtiger Schritt. Bei einem Haushalt dieser Größenordnung ist es allerdings kein bequemer Sicherheitspuffer.

Im ordentlichen Ergebnis fehlen 4,8 Millionen Euro. Einschließlich des Sonderergebnisses beträgt das Defizit rund 4,3 Millionen Euro. Insbesondere der Wertverzehr unserer Infrastruktur belastet das Ergebnis, ohne im selben Jahr eine entsprechende Auszahlung auszulösen. Diesen Ressourcenverbrauch decken wir nicht vollständig.

Unsere Ergebnisrücklagen ermöglichen es, Fehlbeträge aufzufangen. Sie sind aber kein frei verfügbares Bankguthaben. Für Investitionen und Tilgung nehmen wir Liquidität in Anspruch; die Liquidität soll um rund acht Millionen Euro sinken.

Im Kernhaushalt planen wir 2027 keine neuen Kredite. Zum Gesamtbild gehört zugleich der Eigenbetrieb Stadtentwässerung, dessen Planung weitere Kreditaufnahmen vorsieht. Wir müssen beide Entwicklungen im Blick behalten.

Warum ist der Druck so groß? \

Weil wir <u>gleichzeitig</u> die Infrastruktur früherer Jahrzehnte erhalten, neue Aufgaben erfüllen und auf Klimawandel, Digitalisierung und demografischen Wandel reagieren müssen.

Diese 3-Fachbelastung ist nicht leistbar und auch keine Generationengerechtigkeit.

Allein für die Kreisumlage veranschlagen wir rund 34 Millionen Euro. Das sind etwa 3,6 Millionen mehr als im Plan 2026. Solche Größenordnungen zeigen, wo die finanzielle Musik spielt. Besonders die Kreisumlage verdeutlicht, wie Bund und Land die kommunale Finanzkraft aufzehren. Denn die Umlage steigt, um die Sozialgesetze aus Berlin zu finanzieren.

Seit 17 Jahren darf ich Kommunalpolitik gestalten. Einfach war es nie. Aber das Spannungsverhältnis zwischen Aufgaben und Finanzierung ist enorm geworden. Von Bund und Land erwarte ich deshalb eine Finanzierung, die mit den übertragenen Aufgaben Schritt hält.

Wer vor Ort Leistungen verspricht, muss vor Ort auch ihre Finanzierung ermöglichen.

2. Wir konzentrieren uns auf das Machbare

Wir haben die Mittelanmeldungen in mehreren Runden zwischen Fachämtern, Kämmerei und Verwaltungsspitze geprüft. Welche Ausgaben sind erforderlich? Was lässt sich anders organisieren? Und was können wir im kommenden Jahr tatsächlich umsetzen?

Dabei haben wir stärker auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre geschaut und die Fachämter tief in die Haushaltsaufstellung eingebunden. Wiederholt blieben Ausgaben und Investitionen hinter den Planungen zurück.

Daraus folgt kein Vorwurf an die Menschen, die täglich an diesen Projekten arbeiten. Daraus folgt der Auftrag, realistischer zu planen.

Ein hoher Haushaltsansatz saniert noch keine Schule. Es braucht Menschen, die planen, ausschreiben, vergeben und die Umsetzung begleiten. Geld und Personalkapazität gehören deshalb gemeinsam auf den Tisch.

Bei größeren Projekten wollen wir früher mit Ihnen über Ziele, Umfang, Kosten und notwendige Kapazitäten sprechen. Zu einem Zeitpunkt, an dem der Gemeinderat noch wirksam gestalten kann. Kennzahlen sollen uns helfen, Fortschritte und Schwierigkeiten nachvollziehbar zu machen.

Das sind grundlegende Veränderungen in der Steuerung unserer Gebietskörperschaft, die wir zusammen im kommenden Jahr konkretisieren. Sie wirken sich auf diesen Haushalt noch nicht aus.

Der Haushaltsplan 2027 baut vielmehr auf dem auf, was Gemeinderat und Bürgerschaft bereits erarbeitet haben: auf Zukunftswerkstätten, mit Klimazielen, Mobilitätsplan und vielen weiteren gemeinsamen Konzepten und Strategiepapieren.

Dieser Haushaltsentwurf kommt ohne vorgeschlagene Steuererhöhungen aus. Für die Gewerbesteuer planen wir mit 55 Millionen Euro. Das starke laufende Jahr schreiben wir nicht einfach fort. Denn hohe Steuerkraft wirkt sich zeitversetzt auch auf Umlagebelastungen und Zuweisungen aus.

Wir werden die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Jahresverlauf eng verfolgen. Wenn sich die Grundlagen unserer Planung wesentlich verändern, müssen wir rechtzeitig gegensteuern und den Gemeinderat einbeziehen. Realistisch zu planen heißt auch, Risiken sichtbar zu machen und auf neue Entwicklungen zu reagieren.

Limitierende Größe – insbesondere bei den Investitionen – ist weniger das Geld, sondern vielmehr unsere Personalkapazität.

Auch daher werden wir im neuen Jahr beginnen, unsere Druckvorlagen anders zu gestalten als bisher. Wir wollen sukzessive beginnen, mit Ihnen Kennzahlen zur Steuerung und zur Zielvorgabe für die Verwaltung zu erarbeiten. Investitionsprojekten wollen wir Projektbeschlüsse voranstellen, mit denen der Gemeinderat in einer Leistungsphase steuern kann, in der es noch was zu steuern gibt, und nicht mehr den wirtschaftlichsten Anbieter nach VOB abnicken muss.

3. Wir verbinden ein verlässliches Personalbudget mit Veränderung

Für Personal sieht der Entwurf rund 53,2 Millionen Euro vor. Damit bleiben **wir auf dem unveränderten Planstand von 2026.** Tarifsteigerungen machen dieses Ziel anspruchsvoll. Es ist keine einfache Fortschreibung des bisherigen Betriebs ohne Veränderungen, sondern praktisch eine Einsparung von Personalkosten in Höhe von 4 Mio. Euro gegenüber dem, wie wir bisher gerechnet haben.

Gleichzeitig verändert sich unsere Verwaltung personell.
Erfahrene Beschäftigte gehen in Ruhestand, neue Kolleginnen und Kollegen kommen hinzu. Wir müssen Wissen sichern, Nachwuchs entwickeln und technische Aufgaben zuverlässig besetzen können.

Deshalb wollen wir Stellenplan, tatsächliche Besetzung und Personalbudget stärker zusammen betrachten. Zusätzliche Stellen im Plan bedeuten nicht automatisch entsprechend höhere Ausgaben im selben Jahr. Vakanzen und Besetzungszeitpunkte spielen eine erhebliche Rolle.

Wir müssen schneller reagieren können, brauchen mehr Beinfreiheit als Verwaltung, wenn wir demografischen Wandel, KI und durchschnittlich 100 Stellenab- und -zugänge pro Jahr steuern wollen. Das Budget setzt den finanziellen Rahmen. Innerhalb dieses Rahmens müssen wir die vorhandenen Möglichkeiten verantwortlich nutzen.

Ich will eine Verwaltung, in der Menschen Verantwortung übernehmen können. Dazu gehören klare Zuständigkeiten, gute Führung, Fortbildung und gesunde Arbeitsbedingungen.

Wer erwartet, dass wir mehr Projekte umsetzen, muss auch bereit sein, über Arbeitsabläufe und Prioritäten zu sprechen.

Dauerhafte Überlastung ist keine Personalstrategie.

Das ist spätestens mit der Millionenzahlung für die Erarbeitung der Rechnungsergebnisse der letzten 10 Jahre an einen externen Dienstleister deutlich geworden, auch weil da einfach zwei Stellen zu wenig in der Kämmerei waren.

4. Wir machen die Verwaltung digitaler und besser erreichbar

Für laufende IT-Sachaufwendungen sind rund 2,27 Millionen Euro vorgesehen, für investive Hard- und Software einschließlich Digitalisierung weitere 605.000 Euro.

Damit erneuern wir technische Grundlagen, verbessern die Zusammenarbeit und schaffen Voraussetzungen für verlässliche digitale Dienstleistungen. Die Umstellung auf Microsoft 365, die Modernisierung der Telefonie und der Ausbau des WLAN gehören dazu.

Das verursacht zunächst Kosten, auch laufende Lizenzkosten. Entscheidend ist, welchen Nutzen wir daraus machen: weniger Medienbrüche, einfachere Abläufe und mehr Zeit für Aufgaben, bei denen Menschen Menschen brauchen.

Künstliche Intelligenz soll unsere Beschäftigten unterstützen. Dafür brauchen wir klare Regeln, Schulungen und einen sicheren Umgang mit Daten. Die Verantwortung für Entscheidungen bleibt beim Menschen.

Mein Ziel ist eine Stadtverwaltung, die gut, niederschwellig erreichbar ist: persönlich und digital, mit verständlichen Informationen und möglichst einfachen Verfahren. Auch wer kein Smartphone benutzt, muss seine Anliegen gut erledigen können.

Die Technik muss der Verwaltung Arbeit abnehmen, damit die Verwaltung den Menschen Arbeit abnehmen kann.

5. Wir erhalten unsere Gebäude und bereiten sie auf den Klimawandel vor

Für die Gebäudeunterhaltung sind 2027 rund 6,46 Millionen Euro vorgesehen. Allein bei der Dietrich-Bonhoeffer-Schule stehen dafür weitere rund 1,91 Millionen Euro im Entwurf, beim Werner-Heisenberg-Gymnasium rund 420.000 Euro.

Das sind Ausgaben für den Erhalt bestehender Gebäude. Sie sind genauso wichtig wie ein Neubau, auch wenn sich damit seltener ein Band durchschneiden lässt.

Die bisherige Gebäudezustandsbewertung zeigt bereits die Dimension: Aus 49 Berichten ergeben sich rund 1.270 Maßnahmen.

Für kurzfristige Maßnahmen wurde eine vorläufige Größenordnung von 13 Millionen Euro netto ermittelt, ohne Baunebenkosten. Die Bewertung ist noch nicht abgeschlossen.

Wer Unterhaltung aufschiebt, spart häufig nur bis zur nächsten Rechnung.

Zum Erhalt gehört auch die Anpassung an heißere Sommer. Die **Hitzeworkshops** mit den Nutzerinnen und Nutzern unserer Einrichtungen greifen die Erfahrungen aus dem Alltag auf. Verschattung, nächtliche Abkühlung und geeignete Außenflächen müssen am jeweiligen Standort geprüft werden.

Für Klimaschutz und Klimaanpassung ist ein zentrales Budget von 455.000 Euro vorgesehen. Es geht um Maßnahmen, die im Kindergarten, in der Schule und am Arbeitsplatz spürbar helfen.

Hinzu kommt der Schutz vor Starkregen und Hochwasser. Für den Hochwasserschutz in Oberflockenbach stehen 2027 beispielsweise 450.000 Euro im Investitionsplan. Für die Ofling sind es 2,6 Mio. Euro.

Bei der Wärmeversorgung, beim Ausbau erneuerbarer Energien und beim Schutz unseres Waldes bleibt die Richtung klar. Mit den Stadtwerken müssen wir Energieversorgung und Infrastrukturplanung eng abstimmen. Dazu gehört für mich auch die Perspektive einer zukunftsfähigen Wärmeversorgung in der Weststadt.

6. Wir investieren in sichere Wege und eine grünere Stadt

Unsere Straßen, Gehwege und Brücken brauchen mehr Aufmerksamkeit. Die bisherigen Untersuchungen zeigen erhebliche Schäden. Ein Warnschild kann kurzfristig schützen. Es ersetzt auf Dauer keine Sanierung.

Wir haben im Kernhaushalt 21 Millionen Schulden und 95 Millionen Euro Ergebnis-Rücklagen. **Zugleich haben wir aber auch 250 Straßen- und Wegeabschnitte, die so dermaßen kaputt sind, dass wir die Verkehrssicherungspflicht nicht erfüllen und mit Warnschildern arbeiten müssen**. Das sind **Infrastrukturschulden**.

Um von diesen **Infrastrukturschulden** runterzukommen, müssen wir in den kommenden Jahren pro Jahr durchschnittlich 1,5 Millionen Euro in Unterhaltung und zusätzlich weitere 7-8 Millionen Euro in Investitionsmaßnahmen stecken.

Die systematische Zustandserfassung soll uns helfen, nach Dringlichkeit zu handeln und Maßnahmen besser zu bündeln. Wenn eine Straße für Leitungen geöffnet wird, müssen wir frühzeitig prüfen, welche weiteren Arbeiten sinnvoll verbunden werden können.

Für die Badeniastraße sind 2027 beispielsweise 850.000 Euro vorgesehen, für die Verkehrsberuhigung der Muckensturmer Straße 460.000 Euro und für das Nibelungenviertel 500.000 Euro.

Daneben enthält der Entwurf unter anderem 1,3 Millionen Euro für die Unterhaltung der Gemeindestraßen sowie eigene Ansätze für Ingenieurbauwerke, Beleuchtung und Wirtschaftswege. Mehr werden wir personell nicht schaffen.

Auch beim Radverkehr und beim öffentlichen Verkehr stehen konkrete Schritte an: 3,8 Millionen Euro für die Radschnellverbindung und 380.000 Euro für den barrierefreien Ausbau der RNV-Linie 5. Das sind Jahresansätze, keine vollständigen Projektkosten.

Mir geht es darum, dass Menschen sicher und verlässlich ankommen: zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Bus und Bahn oder mit dem Auto. Sichere Schulwege und gute Verbindungen zwischen den Ortsteilen gehören dazu.

Grünflächen, Bäume und Spielplätze denken wir mit. Sie brauchen Pflege und einen planvollen Umgang mit Hitze und Trockenheit. Über 10.500 Bäume sind es im Stadtgebiet. Tendenz steigend.

Das gilt auch für unseren Stadtwald. Schon seit vielen Jahren stehen nicht mehr die Wirtschaftlichkeit, sondern Ökologie und Freizeitwert im Vordergrund. Wir zahlen daher 55.000, -€ Eintrittsgeld für den städtischen Odenwald 2027.

7. Wir stärken Wirtschaft und Wohnen

Unsere Betriebe schaffen Arbeitsplätze, bilden aus und tragen wesentlich zur Finanzierung dieser Stadt bei. Eine gute Wirtschaftsförderung braucht deshalb klare Zuständigkeiten und kurze Wege zur Verwaltungsspitze.

Mein Anspruch bleibt, dass die Stadt als Ermöglicher handelt: bei betrieblichen Anliegen, bei der Innenstadtentwicklung und bei der Zusammenarbeit mit Handel, Gastronomie und Eigentümern.

Leerstände wieder zu nutzen, den Austausch am runden Tisch Innenstadt zu stärken und Veranstaltungen organisatorisch zu erleichtern, sind Aufgaben, die wir gemeinsam angehen müssen. Auch die Nahversorgung in den Ortschaften bleibt auf der Tagesordnung. Dabei brauchen wir für jeden Standort einen ehrlichen Blick auf die Möglichkeiten. Gute Erreichbarkeit, attraktive öffentliche Räume und verlässliche Ansprechpartner sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass sich Menschen und Unternehmen langfristig für Weinheim entscheiden.

Auch der Tourismus lebt von einer attraktiven Innenstadt, unserer Kultur und gepflegten öffentlichen Räumen. Diese Stärken wollen wir zusammen mit den örtlichen Akteuren weiterentwickeln. Hier reichen oft kleine Beträge. So sieht der Haushalt hier eine weitere 50%-Stelle vor.

Weinheim ist Wirtschaftsstandort und Zuhause. Bezahlbares und barrierearmes Wohnen gehört deshalb zu unseren langfristigen Aufgaben. Dabei setzen wir auf die Nutzung vorhandener Potenziale und die Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümern.

Für die Förderung des Mietwohnungsbaus in den Allmendäckern enthält die Finanzplanung rund 3,18 Millionen Euro in den Jahren 2028 bis 2030.

8. Wir halten unsere Stadt zusammen

Was Weinheim lebenswert macht, entsteht jeden Tag durch Menschen, die sich einbringen: im Sportverein, in der Kultur, in sozialen Initiativen, in Kirchen und Hilfsorganisationen.

Dieses Engagement braucht eine Verwaltung, die unterstützt. Eine gut erreichbare Anlaufstelle für das Ehrenamt, verständliche Verfahren und praktikable Veranstaltungskonzepte bleiben für mich wichtige Ziele.

Kultur gehört zur Lebensqualität unserer Stadt. Museum, Bibliothek, Musikschule und Veranstaltungen sind auch Orte der Begegnung und Bildung. Ihre Entwicklung müssen wir gemeinsam mit den Menschen betrachten, die sie nutzen und mit Leben füllen.

Auch im Sport wird der Haushalt konkret: Für die Neuordnung des Sepp-Herberger-Stadions sind 2,8 Millionen Euro vorgesehen. Für die Sanierung des Viktor-Dulger-Bads enthält der Jahresansatz weitere 360.000 Euro. Hier investieren wir in Bewegung, Vereinsleben und Schwimmenlernen. Allein in Hohensachsen über 10 Millionen Euro.

Jugendliche brauchen darüber hinaus frei zugängliche Räume für Sport und Begegnung. Ihre Wünsche müssen bei der Entwicklung von Spiel- und Freizeitflächen gehört werden. Das MGZ in der Weststadt wird mehr Raum bieten als je zuvor und kann auch durch seine Außenanlagen Teil einer lebendigen, grünen Mitte der Weststadt werden.

Zur sozialen Verantwortung gehört auch eine angemessene Unterbringung. Für Wohncontainer beziehungsweise Systembauten in der Gorxheimer Talstraße sind eine Million Euro vorgesehen. Unterbringung und Integration müssen wir gemeinsam mit den engagierten Kräften vor Ort gestalten.

Zusammenhalt braucht außerdem Sicherheit. Unsere Feuerwehr und der Bevölkerungsschutz müssen leistungsfähig bleiben. Im Produktbereich Sicherheit und Ordnung sind rund 1,75 Millionen Euro Investitionsauszahlungen eingeplant. Dieser Betrag umfasst verschiedene Aufgaben; er ist kein reines Feuerwehrbudget.

Sauberkeit, gute Beleuchtung und ein gepflegtes Umfeld stärken ebenfalls das Sicherheitsgefühl. Das gilt auch für den Bahnhof.

Und zu einer lebendigen Stadt gehören ihre Ortschaften und Quartiere. Ich will die Ortskenntnis der Ortschaftsräte nutzen, das Gespräch vor Ort suchen und Kinder und Jugendliche früh beteiligen.

Bürgernähe zeigt sich daran, ob aus einem Anliegen eine verlässliche Antwort wird.

9. Unser Schwerpunkt bleibt Bildung und Betreuung

Meine Damen und Herren,

bei aller Breite unserer Aufgaben bleibt klar: Bildung und Betreuung haben für mich besonderes Gewicht.

Für Kindertagesbetreuung sowie die ausgewiesene Grundschul- und Ferienbetreuung sind 2027 zusammen rund 32,4 Millionen Euro laufende Bruttoaufwendungen vorgesehen.

Diese Summe steht für pädagogische Arbeit, für verlässliche Betreuung und für die Möglichkeit, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Sie zeigt auch, wie groß die dauerhafte finanzielle Verantwortung unserer Stadt ist.

Für den Neubau des Kindergartens Waid enthält der Entwurf 2027 eine Million Euro. Das Vorhaben reicht über dieses Haushaltsjahr hinaus. Auch beim Kita-Campus Kuhweid und bei den weiteren Einrichtungen müssen wir die nächsten Schritte mit Bedarfen, Personal und Finanzierung zusammenbringen. Über 17 Millionen Euro werden wir bis zum Ende der Baumaßnahme in der Weststadt für Mehrgenerationenhaus und Kita aufwenden.

Für den Umbau der Hans-Joachim-Gelberg-Grundschule sind rund 611.000 Euro vorgesehen. Hinzu kommen die bereits genannten Unterhaltungsmaßnahmen an unseren Schulen. Wir kümmern uns damit sowohl um neue Anforderungen als auch um den Bestand.

Beim Ganztag ist mein Anspruch ein Angebot, das Kindern guttut und Familien verlässlich unterstützt. Dafür reichen Räume allein nicht aus. Betreuung braucht Personal, Qualität und eine dauerhaft tragfähige Finanzierung.

Der Bund definierte für die Ganztagesbetreuung an den Grundschulen einen Rechtsanspruch. 2025 kostet uns in Weinheim die Betreuungsstunde im Schnitt 5,34 €/ Kind im Grundschulbereich. Gefördert wurde die Stunde Grundschulbetreuung mit 1,35€ / Kind. Auf Drängen der kommunalen Familie wurde der Förderbetrag nun auf 2,80€/ Kind und Stunde angehoben – für drei Jahre.

Wie es danach weitergeht, ist offen.

Sowas geht nicht!

Wenn Bund und Land neue Anforderungen formulieren, darf die Frage, wie sie vor Ort bezahlt werden, nicht offenbleiben.

10. Wir setzen Fördermittel gezielt ein und beraten frühzeitig

Wie finanzieren wir dieses Programm?

Den rund 20,6 Millionen Euro Investitionsauszahlungen stehen rund 14 Millionen Euro Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gegenüber. Dazu gehören allem voran Fördermittel und auch Veräußerungserlöse. Den verbleibenden Bedarf und die Tilgung müssen wir aus vorhandener Liquidität tragen.

Wir haben die Investitionsplanung deshalb gezielt mit den verfügbaren Fördermöglichkeiten verbunden. Auch die Mittel aus dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz sind dabei eingeplant. Diese Fördermittel werden wir bis 2029 komplett verbauen.

Fördermittel helfen uns erheblich. Sie machen eine Maßnahme aber weder kostenlos noch automatisch sinnvoll. Eigenanteile, Folgekosten und Umsetzungskapazität bleiben unsere Verantwortung.

Ohne diese großen „Finanzblutungspflaster“ des Bundes wären wir heute nicht in der Lage, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen und handlungsfähig zu investieren.
Ohne den ständigen Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip durch Bund und Land bräuchten wir aber kein Sondervermögen auf Bundesebene. Wir haben ein Ausgaben-, ein Priorisierungsproblem, ein Politikproblem auf Bundesebene. Kein Problem von zu geringen Steuereinnahmen. Die sind so hoch wie nie zuvor.

Meine Damen und Herren,

mit dieser Haushaltseinbringung starten wir in die öffentliche Beratung für den Haushaltsplan 2027. Ziel ist die Verabschiedung am 27. Januar 2027.

Für die Anträge aus dem Gemeinderat ist der 3. Dezember 2026 vorgesehen.

Ich bitte Sie, zusätzliche Ausgaben jeweils mit einem realistischen Finanzierungsvorschlag zu verbinden. Sonst bezahlen unsere Kinder ihre Kindergartenkosten durch neue Schulden in der Zukunft selbst.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Appell an den Kreis.

Die kommunale Familie ist in einem nie dagewesenen Spannungsverhältnis zwischen immer neuen Aufgaben und Dienstleistungen, welche sich Bund und Land ausdenken, die wir dann erfüllen sollen, auf der einen Seite und einer nicht aufgabengerechten Verteilung der Steuereinnahmen.

Zu den Ergebnissen der Oktobersteuerschätzung erklären der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, der Präsident des Landkreistags und der Präsident des Städtetags Baden-Württemberg:

„Für die baden-württembergischen Kommunen ist die Steuerschätzung der nächste Nackenschlag. Die kommunalen Steuereinnahmen verschlechtern sich im Jahr 2026 nochmals um mehr als 330 Mio. Euro und auch 2027 bleibt hinter der bisherigen Prognose zurück. Auch in den Folgejahren werden die Einnahmen um rund 250 Millionen Euro pro Jahr einbrechen.

Die Steuerschätzung verschärft damit die dramatische Lage der Kommunalfinanzen. Schon im vergangenen Jahr mussten die Gemeinden, Städte und Landkreise ein Defizit von 4,4 Milliarden Euro verzeichnen. Hinzu kommt, dass bereits die letzte Steuerschätzung vom Mai für die Jahre 2026 bis 2028 zusätzliche Mindereinnahmen von jährlich rund einer Milliarde Euro prognostiziert hatte. Die jetzige Steuerschätzung verstärkt diese negative Entwicklung nun leider nochmals erheblich.

Das Land Baden-Württemberg hingegen darf für 2027 Steuermehreinnahmen von 336 Mio. Euro erwarten.“

Meine Damen und Herren,

das Land hat darauf inzwischen reagiert. Wir haben u. a. angekündigt bekommen, dass die Gelder aus dem Klimafonds genauso an die Städte und Gemeinden verteilt werden sollen in Baden-Württemberg wie die Gelder aus dem Länder- und Finanzausgleichsgesetz. Auch sollen die Landkreise zusätzlich entlastet werden – insbesondere für BTHG, Eingliederungshilfe und Schulbegleitung.

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, bitte beachten Sie dies im Rahmen Ihrer Haushaltsdebatte auf Kreisebene!

Und dennoch: Seit 17 Jahren darf ich kommunale Politik machen. Ich bin mit der Lehman-Brothers-Krise in meine ersten Haushaltsberatungen, habe jahrelang um Unterbringungskosten für Geflüchtete gerungen, Krisenhaushalte der Corona-Pandemie durchlebt, die Energie- und Rohstoffkrise zu Beginn des Ukraine-Krieges usw.…

Einfach war es nie. Aber es war nie so schwer, einen Haushalt auszugleichen, wie heute. Das macht mich zutiefst betroffen. Denn wenn der kommunalen Familie, den Städten und Gemeinden, die Luft ausgeht und damit die Möglichkeit, den Menschen Antworten und Lösungen zu den Fragen und Herausforderungen unserer Generation zu geben, verlieren die Menschen den Glauben und das Vertrauen in die

Demokratie. Wir Städte und Gemeinden sind die Orte der Lebenswirklichkeit.

Hier zeigt sich im Alltag, ob der Staat funktioniert.

Unser gemeinsamer Auftrag

Abschließend komme ich zum Anfang zurück:

Wir bleiben handlungsfähig.

Wir erhalten, was Weinheim lebenswert macht.

Und wir gestalten dort weiter, wo Veränderungen notwendig sind.

Dieser Haushalt hält die laufenden Zahlungen im Gleichgewicht, erreicht aber noch keinen Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses.

Er setzt auf realistische Planung, gezielten Fördermitteleinsatz und eine Verwaltung, die ihre Möglichkeiten besser nutzen kann.

Wir erhalten Straßen und Gebäude, stärken Bildung und Betreuung und nehmen Klimaanpassung, Digitalisierung und Zusammenhalt ernst.

Nicht alles wird gleichzeitig möglich sein.

Deshalb braucht es klare Prioritäten und die Bereitschaft, Entscheidungen auch umzusetzen. Zu beidem werden wir in den kommenden Monaten unserem Hauptorgan konkrete Fragen stellen.

Mein **herzlicher Dank** gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Entwurf vorbereitet haben.

Sie haben Mittelanmeldungen überprüft, Alternativen entwickelt und sich auf neue Formen der Zusammenarbeit eingelassen.

Besonders danke ich unserem Kämmerer Herrn Maik Sokolowski-Kühn und dem gesamten Team der Kämmerei für die sorgfältige Arbeit, den offenen Austausch und das konstruktive bis kreative Mitdenken.

Ich danke den Fachämtern, meinem Ersten Bürgermeister Andreas Buske für das vertrauensvolle Miteinander und allen weiteren Beteiligten am Haushaltsaufstellungsprozess.

Ich bin zuversichtlich, dass wir unsere Stadt aus einer starken Ausgangslage heraus gut durch die größte kommunale Finanzkrise seit Bestehen unseres Landes bringen.

Ihnen, den Mitgliedern des Gemeinderats, danke ich für die bisherige Zusammenarbeit, die konstruktive Vorarbeit in Grundsatzfragen und die Bereitschaft, sich den anstehenden Beratungen zu stellen.

Vielen Dank.